

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 16 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reimeyer, Rud. Woffe; in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler; in Hamburg: Haasenfein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Zäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Reumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 23. November, 6 Uhr Abends.
Berlin, 23. Nov. Die heute erschienene „Provinzial-Correspondenz“ schreibt: Nachdem die Verträge mit Hessen und Baden über den Beitritt dieser Staaten zum Nordd. Bunde bereits abgeschlossen sind, fanden während der letzten Tage auch die Schlussverhandlungen mit Württemberg hier in Berlin statt und ist der unmittelbare Beitritt Württembergs ebenfalls zu erwarten. Die Verhandlungen mit Bayern sind noch nicht abgeschlossen, doch lassen dieselben ein nahe und erfreuliches Ergebnis in Aussicht nehmen.

Die Regierung wird vom Reichstage eine Creditbewilligung bis zu 100 Millionen beantragen. Die noch für das laufende Jahr beabsichtigte Berufung des Landtages, Behufs Verathung des Staatshaushalts für 1871, hängt von der Dauer der Reichstagssession ab. Falls diese sich bis in den December erstrecken sollte, wäre die Erfüllung der Forderung der Verfassung in Betreff des Staatshaushaltes wegen Kürze der Zeit nicht mehr möglich.

Bezüglich der Zustände vor Paris, schreibt die „Provinzial-Correspondenz“: Von einem bloßen Waffenstillstande kann unsererseits jetzt nicht mehr die Rede sein. Die Dinge gehen so, daß schon in nächster Zeit der endlichen Erfüllung unserer militärischen Aufgaben vor Paris sowohl wie an der Loire und im Norden, mit Zuhilfenahme entgegengesetzter werden kann.

Angelommen den 23. Nov., 8 Uhr Abends
Wien, 23. Nov. Es heißt, der russische Geschäftsträger Komitoff habe hier eine vertrauliche Note des Fürsten Gortschakoff verlesen, welche an die gegenseitige freundschaftliche Gefinnung beider Höfe erinnert und hofft, die jüngste russische Entschliessung werde bei dem Wiener Cabinet eine günstige Aufspaltung finden, da ja Oesterreich bereits 1867 die Initiative zu einer ähnlichen Proposition ergriffen habe.

Angelommen 23. November, 4 Uhr Nachmittags.
Offizielle militärische Nachrichten.
Versailles, 22. Nov. Gestern fanden verschiedene kleine feierliche Geseftes südlich von La Loupe statt, wobei das Regiment No. 83 ein Geschütz nahm. Am 22. d. ist Regent le Rotron ohne Widerstand von den diesseitigen Truppen besetzt worden. v. Podbielski. (Wiederh.)

+++ Berlin, 22. Nov. Die Verhältnisse Deutschlands, und als solche haben wir jetzt zunächst die durch Gortschakoffs Vertragsbruch nächstbetheiligten Cabinette von Wien und London zu betrachten, begehren jetzt sogar die unverzeihliche Ungeheuerlichkeit, Preußen dadurch dazu zu zwingen, Stellung gegen Rußland zu nehmen, das man ihm Angst mache, Besorgniß erzeuge, es werde sonst die Früchte des jetzigen Krieges nicht ernten können, ihm sogar verdeckt mit Aehnlichem droht. England und Oesterreich wären wahrscheinlich die letzten Potenzen, welche Deutschland auf seinem Siegeszuge geniren könnten, ob sie drohen, warnen oder bitten, das wird uns nicht abhalten, unsere Entschlüsse allein nach unserem Vortheile und Ermessen zu treffen. Hören wir doch aber der Curiosität wegen diese Ausführungen an, welche Preußen Angst machen sollen. Entschleide es sich, so raisonnirt man, für eine moralische Unterstützung Rußlands, so werden England und Oesterreich direct in das französische Lager getrieben: die Abtretung des Elsaß, die Frankreich schon gegenwärtig weigert, erhält England und Oesterreich zu entscheiden begnern; das gesammte Elsaß-Project wird in den Augen der Cabinette von Wien und London, so zu sagen, der westliche Ausläufer derselben Politik, die im Osten nach dem Besitz des Schwarzen Meeres ihre Arme ausstreckt. Selbst eine directe englisch-oesterreichische Unterstützung Frankreichs liegt dann nicht mehr außerhalb des Bereichs des Möglichen. Deutschland wird den Siegespreis dieses Jahres noch einmal zu verteidigen haben. Oelings es nicht, die Bewidlung wegen der Gortschakoffschen Note auf ein halbes Jahr hinauschieben, so wird es unvermeidlich, daß das letzte Wort über den Kampf von Elsaß und Lothringen nicht am Rhein, sondern am Schwarzen Meer gesprochen wird. Und die „Pallmall-Gazette“ behauptet, Odo Russell sei nach Versailles geschickt mit dem strikten Auftrage, sich auf die Anfrage nach der Stellung Preußens zu den russischen Forderungen nicht durch irgend welche ausweichende oder unbestimmte Antwort des Grafen Bismarck beruhigen zu lassen, England müsse „vor der Capitulation von Paris“ wissen, wie die Sache stehe. Vergleicht man nun mit diesen Remonagen das klägliche Vermeiden jedes wirklich ernstlichen Schrittes, jeder tatsächlichen Abwehr der sogenannten russischen Uebergriffe, so kommt man wirklich auf die Vermuthung, daß die klugen Herren an der Themse Preußen dazu ausersuchen möchten, ihnen die Kassanien aus dem Feuer zu holen. Graf Bismarck müßte aber ein noch mittelmaßiger Staatsmann sein, als sie selbst, falls er auf Pressionen solcher Art, wenn sie ernstlich und direct versucht werden sollten, nicht die gebührende Antwort ertheilte. Uebrigens geht zunächst die ganze Sache Preußen auch nicht einmal formell etwas an. Wenn von den Pariser Friedensverträgen von 1856 die Rede ist, muß man zwischen dem am 30. März und dem am 15. April unterzeichneten wohl unterscheiden; der letztere, der sich auf das Verhältniß Rußlands zum Schwarzen Meer bezieht, ist nur von Frankreich, England und Oesterreich unterzeichnet, der erstere auch von Rußland, Italien und Preußen. Mit der Unterzeichnung des Vertrages vom 30. März übernahmen die Unterzeichner nur eine Garantie für die Unabhängigkeit und den Territorialbestand der Türkei, während die Unterzeichner des

Vertrages vom 15. April auch für die Respectirung der Bestimmungen über das Schwarze Meer einstehen wollen. Nur die letzteren sind durch das Vorgehen Rußlands vom 31. October 1870 berührt; aber auch diese sind weit entfernt, in dem Vorgehen Rußlands einen casus belli zu erblicken.

* Berlin, 22. Nov. Schon öfter ist der Differenz gedacht, welche in Berlin, dem Vororte der neuen Deutschen Einheit, in höchst ärgerlicher, anstoßender Weise zwischen den beiden großen Invalidenstiftungen bestehen und jetzt öffentlich discutirt werden. Die Deutsche Wilhelmsstiftung vom Central-Comité der Deutschen Vereine zur Pflege verwundeter und kranker Krieger (H. v. Sybow), trachtet danach, die unter den Auspicien der Frau Kronprinzessin 1866 gegründete, segensreich wirkende und nun kürzlich für ganz Deutschland erweiterte Victoria-Stiftung mit sich zu vereinen, d. h. dieselbe dadurch aufzuheben und Herr v. Sybow „nicht mit Bestimmtheit darauf bezüglichen Anordnungen Sr. K. Hoheit des Kronprinzen entgegen.“ Die Sprache ist nicht unendlich, weniger als die innere Geschichte dieser rivalisirenden Vereine. Selbst südd. Blätter beginnen auf die Agitationen des Berliner Central-Comités aufmerksam zu werden. „In einem Circular, sagt die „A. A. Z.“, giebt das Central-Comité einen Ueberblick seiner Wirksamkeit. Da heißt es: Hiezu kommt endlich die Fürsorge für die Invaliden und die Wittwen und Waisen der Gefallenen. Diese bildet die Aufgabe der von uns in's Leben gerufenen Wilhelms-Stiftung, deren Statut der König am 3. September genehmigt, deren Protectorat derselbe unter Wahl S. K. H. des Kronprinzen als Stellvertreter angenommen hat. Wir haben für diesen Zweck bereits 410,087 Th. erhalten.“ Die „Zukunft“ findet ebenfalls nach diesen Eröffnungen Folgendes unerklärlich: 1) Warum erst heute, nach mehr als 2 Monaten, die Mittheilung, daß der König das Statut bestätigt habe, erfolgt; 2) wie es möglich war, daß der Kronprinz dann noch am 6. September mit Genehmigung des Königs die Organisation einer Deutschen Invalidenstiftung der Victoria-Stiftung überlegen konnte; 3) daß Herr v. Sybow bis heute nichts zur Organisation der Stiftung gehen, während die Victoria-Stiftung bereits über 200 Zweigvereine organisierte, endlich, daß Herr v. Sybow, dessen Loyalität mehr als bekannt ist, mit keinem Worte des vom Kronprinzen erlassenen Auftrags und der bisherigen fruchtbareren Thätigkeit der Victoria-Stiftung erwähnt. — Diese Fragen scheinen uns sehr berechtigt. Wo das ganze Volk mithelfen soll, wie sollen solche Verhältnisse am Platze. Die Victoria-Stiftung ist nicht allein populär im ganzen Lande, sie ist auch zweckentsprechend organisiert und hat Beweise ihrer Leistungsfähigkeit bereits gegeben, während die des Herrn v. Sybow es seit dem 3. September erst zu Redensarten und Versprechungen gebracht hat. Pflicht des Volkes ist es, und deshalb machen wir hier darauf aufmerksam, seine Betheiligung ausschließlich der von der Kronprinzessin gegründeten Victoria-Stiftung zuzuwenden, dadurch factisch zu verbinden, daß ihr aus was immer für Gründen ihre Mittel zu weiterer Thätigkeit von Andern entzogen werden. Zwei allgemeine deutsche Invalidenstiftungen, beide vom König und Kronprinz protegirt, die eine bereits in voller Thätigkeit, die andere mit Sammlung von Capitalien beschäftigt, beide in Berlin, das scheint auf einen verderblichen Zwiespalt zu deuten, der beseitigt werden muß. Eine eben erfolgte Kundgebung des Hrn. v. Sybow in der „Kreuzztg.“ ruft die schwere Besorgniß hervor, daß in dem Kampfe der beiden Stiftungen um die Oberhand es sich zugleich um Principien gehandelt hat, von deren Natur die Öffentlichkeit nichts weiß, deren Wichtigkeit aber sich aus dem Tone ermessen läßt, in welchem gewissen Anordnungen des Kronprinzen „mit Bestimmtheit entgegensehen“ wird. Es heißt da nämlich: „Was das Verhältniß zu den durch den Aufruf des Kronprinzen veranlaßten verwandten Bestrebungen des geschäftsführenden Ausschusses der Victoria-National-Invalidenstiftung anbelangt, so besteht auch hierüber kein Zweifel, seit von des Königs Majestät bestimmt ausgesprochen worden ist, daß eine zweite Stiftung neben der deutschen Wilhelms-Stiftung die königliche Bestätigung nicht erhalten werde, vielmehr eine Vereinigung beider Unternehmungen auf der Grundlage des Statuts der deutschen Wilhelms-Stiftung herbeizuführen sei. Der königl. Anordnung gemäß wird diese Einigung gewiß in kurzem erzielt werden. Der Kronprinz ist von dem königl. Protector der deutschen Wilhelms-Stiftung zu seinem Stellvertreter in dem Protectorate derselben bestellt worden, und es darf bei auf die Einigung und auf die künftige einheitliche, jedes Mißverständnis in der Sache ausschließende Behandlung der Sache gerichteten Anordnungen Sr. K. Hoheit mit Bestimmtheit entgegensehen werden.“ In diesem Tone spricht Hr. v. Sybow von dem Kronprinzen und seinem Werke.

* Ueber die Form, in welcher vom Reichstage neue Mittel angeschaft werden sollen, laufen vielerlei Vermuthungen um. Einmal heißt es, die dem Bundestathe vorgelegte Creditvorlage fordert 40 Millionen, die in der Form von Schatzbons zur Ausgabe gelangen sollen. Eine andere Correspondenz meldet hingegen: Der Reichstag soll Geld beschaffen, und zwar, wie hier allgemein behauptet wird, 100 Millionen Thlr., in einer Form, die unter allen politischen Parteien die heftigsten Gegner hat, in der Form des Prämien-Lotterie-Anlehens. Es wird daraus sofort ein ziemlich unerquicklicher Streit entstehen, da, abgesehen von der Fortschrittspartei, insbesondere Fordanbeck, Pasler, Hennig das Lotteriespiel in jeder Form rückwärts zu bekämpfen gewillt sind, wogegen die vielen Geldmänner und Verwaltungsräthe des Reichstags, wozu Miquel, Braun, Strousberg, Kardorff, Uest, Sybel, Renard u. A. gehören, die Prämien-Anleihe

für eine kaum entbehrliche Branche des nach sicheren großen Gewinnen trachtenden Großgeschäftes erachten. Als Thatfache führen wir dabei an, daß Camphausen principiell kein Gegner der Prämien-Anleihe ist; es wäre daher nicht unmöglich, daß die Bundesregierung es doch einmal mit diesem Wege versucht. Die Meinungen Für und Wider sind ja wohl zur Genüge discutirt.

* [Nachwahlen.] Außer den bereits gestern aufgezählten 11 Nachwahlen stehen noch folgende 5 bevor: für den Landschaftsrath Stobbe in Angerburg-Löben, für v. Phs-Lowski (in Pöban oder Straßburg), ferner für die doppeltgewählten Clericalen Reg.-Rath Wendts, Bürgermeister Kirsch und Ober-Trib.-R. Peter Reichensperger. Bei diesen Nachwahlen haben die Nat.-Liberalen 7, die Clericalen 5, die Fortschrittspartei 2 Plätze, die Conservativen und die Polen je 1 Platz zu besetzen. Da dem früher mitgetheilten Parteiverhältniß wird durch diese Wahlen nichts geändert, da die einzelnen Doppelwahlen bereits bei den einzelnen Fractionen mitgezählt sind.

— Für die liberalen Parteien ist bei dem ungünstigen Ausfall der Wahlen doch manches tröstliche Anzeichen vorhanden. Dazu rechne ich, daß die Conservativen sich fast in keinem Kreise getrauten, andere als dort wohnhafte Landräthe, Staatsanwälte, Grundbesitzer, Gerichtsdirectoren aufzustellen, sodann, daß fast in jedem Kreise, der conservativ wählte, die liberale Minderheit sich seit 1867 bedeutend vergrößert hat. Die Conservativen trösten sich, wie auch heute die „Kreuzztg.“ sich aus Hannover schreiben läßt, mit der Wahrnehmung, daß sich in den neuen Provinzen, namentlich in Hannover, eine conservative Partei herauszubilden beginnt. Welche Selbsttäuschung! Wenn Landräthe und Amtshauptleute in ihren Verwaltungsbezirken als Regierungs-Candidaten gegen die bisherigen liberalen Vertreter gewählt werden, so ist daraus nur zu schließen, daß die in Frankreich von jedem Zunker absehnlich befundene Praefecturwirtschaft in Deutschland noch ein weites Feld der Wirksamkeit findet.

— Dem Vernehmen nach ist an Württemberg und Bayern u. A. auch das Zugeständniß gemacht worden, daß Gewerbeordnung und Freizügigkeit des Nordd. Bundes vorläufig dort nicht eingeführt werden.

* Zufolge Anordnung des Herrn Ministers des Innern und auf Grund eines ausdrücklichen Verlangens des Herrn Chefs des Generalstabes der Armee, werden die Zeitungs-Beiträge der ihnen vom Kriegshauptquartier zugehörigen Correspondenzen die größte Vorsicht und Zurückhaltung beobachtend zu wolle. Denn, heißt es: Der gegenwärtige Stand der Kriegsoptionen macht es dringend erforderlich, daß die Tagespresse sich strenger, als es in der letzten Zeit der Fall war, aller Mittheilungen vom Kriegshauptquartier über Dislocationen und Truppenmärsche, sowie über Operationspläne der Deutschen Armee, namentlich auch über die Stellungen der Cernirungs-Armee vor Paris und über das Vordringen der I. und II. Armee enthalte.

— Im hiesigen Magistrat ist neulich zur Sprache gekommen, daß der Etat der Stadt Berlin pro 1871 viel ungünstiger ausfallen wird, als derselbe pro 1870. Während in diesem Jahre 33 1/2 % der Einkommensteuer und zwar nur für drei Vierteljahre erhoben werden, werden im nächsten Jahre 66 1/2 %, in allen vier Quartalen zu erheben, nicht ausreichen. (Fr. B.)

— Aus Breslau läßt sich Hr. v. Mühlner in folgendem der „Kreuzztg.“ zugelaufenen Schreiben verteidigen: „Seit mehreren Wochen werden tendenziöse Gerüchte verbreitet und mit Hartnäckigkeit colportirt, daß der Cultusminister Herr v. Mühlner sich für die hiesigen Zufallslisten engagirt habe. Nach den zuverlässigsten Quellen bin ich im Stande, diese Gerüchte als Parteimanöver zu bezeichnen. Bezüglich der Gymnasiallehrer ist Hr. v. Mühlner überhaupt noch nicht in der Lage gewesen, zu interveniren, da das hiesige Provinzial-Schulcollegium denselben seinen Schutz angebeihen läßt. Auf die obnehin nur mündlich und schwärmern gestellte Anfrage wegen Befreiung der protestirenden Lehrer ist auf das Bestimmteste entgegnet worden: zur Befreiung eines Gymnasiallehrers gehöre die Entscheidung des Disciplinar-Gerichtshofes, die Staatsregierung werde aber schließlich eine Untersuchung beantragen und der Gerichtshof werde, wenn ein Antrag gestellt würde, die betreffenden Lehrer freisprechen, da sie nicht gegen die Statuten des Gymnasiums gefehlt hätten. Das Provinzial-Schulcollegium hat dem Präfibischof die Weisung zugehen lassen, daß es nicht erlaubt sei, die Schüler beliebig der Schule zu entziehen, ohne sich Unannehmlichkeiten auszusuchen. Gegenwärtig wird von Seiten des Präfibischofs eine Anklage gegen die Lehrer bei dem Herrn Cultusminister beabsichtigt. Bezüglich der Professoren Dr. Reinkens und Volger kann ich die bündigste Versicherung geben, daß sie von Seiten des Herrn Cultusministers allen Schutz genießen, d. h. in ihren Universitätsämtern und Redactionen, namentlich auch in ihrem Einkommen belassen werden. Die Suspension ab ordina konnte natürlich der Herr Cultusminister eben so wenig akwenden, als er das Verbot des Besuchs der Reinkenschen Vorlesungen aufheben konnte.“

— In Straßburg wird eifrig an der Restauration der Festungswerke sowie vorzüglich der Kasernen, um die dort garnisonirenden Truppen aus den Bürgerquartieren nach diesen verlegen zu können, gearbeitet. Die Wälle sind völlig armirt. Man sagt, daß es in der Absicht der deutschen Bundesfeldherrnschaft liege, die fortifikatorischen Werke bedeutend auszubehnen, so daß der Stadt im Innern zur Ausdehnung Raum gewährt werde. Von einer Schleifung der Werke ist nicht die Rede.

Versailles, 18. Nov. Der von der preussischen Regie-

